



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

Fernsprecher 20951/52

Hannover, Georgstraße 33

P/V/148

29. Juni 1950

Hinweise auf den Inhalt:

Zur Situation der Kirche in der Sowjetzone	S.1
Wer wird Bevins Nachfolger? (Ber. aus London)	S.3
Der Sinn der Beteiligung - Zum SPD-Fraktionsbeschluss in Bonn -	S.5
Kurs auf "Europa-AG"	S.5
DGB zur Regierungs-Neubildung in NRW	S.7

Der Kirchenkampf rückt näher

Sind die Kirchen in der Sowjetzone dem Angriff der SED gewachsen?

F.F. Wer die Gefahren der Wirklichkeit nicht sehen will, kommt eines Tages mit Sicherheit in die Gefahr, von der Wirklichkeit überrumpelt zu werden. In dieser Situation befindet sich zumindest die evangelische Kirche in der Sowjetzone, die, anders als die katholische, allzu lange die Augen vor den Tatsachen zugedrückt hat und vermeinte, mit dem Bolschewismus sei ein friedliches Nebeneinander möglich.

Gewiss, die SED hat sich im Auftrage des Kreml bis vor einigen Monaten hin den Anschein einer gewissen Toleranz gegenüber dem christlichen Glaubensbekenntnis gegeben. Aber durfte darüber übersehen werden, dass der Anspruch auf die Alleingültigkeit des Leninismus-Stalinismus immer unverhüllt propagiert und praktiziert wurde? Dabei gab es viele Parallelen, die alarmierend hätten wirken müssen, im politischen wie im wirtschaftlichen Bereich. Heute ist es so, dass das, was sich Gesellschaftswissenschaft nennt und in der Praxis die bolschewistische Lehre ist, längst seine Alleinherrschaft, seine alles Geistige bestimmende Ausschliesslichkeit weitgehend durchgesetzt hat. Vom Kindergarten über Schule und Hochschule, in der beruflichen Ausbildung und in der Schularbeit, in den Betrieben und Verwaltungen, die Pflicht und Zwang sind, dominiert die Unterweisung in Stalinismus, was heisst: Kampf-

ansage vor allem auch gegen die christlichen Bekenntnisse schlechthin. Jedes Examen, jedes berufliche Fortkommen ist zuerst und zuletzt davon abhängig, welche Note der Prüfling in gesellschaftswissenschaftlichen Kenntnissen zuerkannt erhielt.

Erst als es soweit war, begriffen die Kirchen, insbesondere die evangelische, dass sie sich in der "Bedrängnis" und "Abwehr" befanden. Bis dahin hatten sie als mehr oder minder Abwartende sich selbst guten Mut zugesprochen und sich gar noch darüber gefreut, dass sich innerhalb der Geistlichkeit Kräfte fanden, die sich offensichtlich gut mit dem Kommunismus standen. Da gab es Pfarrer, die in der SED sogar eine gewisse Rolle als Paradedepferde spielten, VVN-Pfarrer, ehemalige "Deutsche Christen" des seinerzeitigen nationalsozialistischen "Reibi" Müller und eben - Opportunisten sonstiger Färbung, die bei jeder erwünschten Gelegenheit vom Politbüro der SED an die Rampe gerufen werden konnten und dort brav ihr Sprüchlein aufsagten. Es ist noch gar nicht so lange her, da versicherten Geistliche aus der Ostzone, den Weisungen ihrer Kirchenleitungen entsprechend, das religiöse Bekenntnis und die kirchliche Tätigkeit in der Sowjetzone hätten nichts auszustehen. Was jedermann in der Ostzone täglich sah, nämlich das Umsichgreifen des Bolschewismus auf allen Gebieten, insonderheit die Entfremdung und Fanatisierung der Jugend im Sinne der Staatsvergottung und Stalinvergötzung - nur die Kirchenleitungen schienen dies alles nicht zu sehen. Zumindest taten sie so. Wenn aber die hohe Geistlichkeit schwieg - wie sollte da die niedere Geistlichkeit sich gegen eine Anmaßung und Kampfansage des totalitären Bolschewismus zur Wehr setzen, die "oben" vernebelt, wenn nicht gar geleugnet wurde? Wo von "oben" die so dringend erforderliche Rückenstärkung ausblieb, mussten zwangsläufig die nachgeordneten Glieder der Kirche weich werden, weil Helden auch unter den Kirchenmännern dünn gesät sind.

Es musste erst dazu kommen, dass die SED unverblümt die Einordnung und Dienstbarkeit der Kirche in der kommunistischen "Nationalen Front" forderte, heftige Attacken gegen die Kirchenführungen in breiter Öffentlichkeit startete, von kommunistischen Massenorganisationen und Länderregierungen Pfarrer gegen den Willen der Kirchenleitungen ein- oder abgesetzt wurden, ehe der ganze Ernst der Stunde von der Spitze der Kirchen begriffen wurde.

Es ist ganz offensichtlich, dass die SED derzeit bestrebt ist, zwischen die Kirchenführung und die niedere Geistlichkeit sowie die Laienkräfte einen Keil des Misstrauens zu treiben. Wenn die Kirchen

sich in der Sowjetzone überhaupt noch retten wollen, ist es allerhöchste Zeit. Nur vor der entschlossenen und alle Kräfte zusammenfassenden Abwehraktion wird die SED zurückweichen. Bei einer Fortsetzung der bisherigen Beschwichtigungspolitik, wie sie vor allem von der evangelischen Kircheleitung bisher gehandhabt worden ist, fällt die Voraussage nicht schwer, dass die Führung der Kirche sehr bald ohne Gefolgschaft dastehen wird und dass die einzelnen Aussenposten dann, Pfarrei um Pfarrei, vor das kommunistische Joch gespannt werden.

- - -

Wer wird Bevin's Nachfolger?

(Von unserem Londoner Mitarbeiter)

Zwischen zwei Operationen hat Ernest Bevin den Vorsitz über die letzte Londoner Aussenministerkonferenz geführt. Er hat seitdem das Krankenhaus nicht wieder verlassen. Der Staatsminister Kenneth Younger vertritt ihn für die laufenden Arbeiten des Foreign Office. Die wichtigen Entscheidungen trifft Bevin vom Krankenbett aus. Selbst wenn die Operationen Erfolg haben sollten, bleibt der fast Siebzjährige ein schwer herzkranker Mann. Auch der zähe Lebenswille und die ungeheure Energie Bevin's können nicht darüber hinwegtäuschen, dass in solcher Zeit ein kranker Mann ersetzt werden muss.

Warum zögert Attlee? Dafür gibt es manche Gründe. Einmal die Loyalität gegenüber dem kranken Freunde, zum andern die Erwägung, dass Bevin der gefährlich gewordenen konservativen Opposition der genehmste der denkbaren Aussenminister aus den Labour-Reihen ist. Es ist für Festland-Europäer, vor allem für Deutsche, nicht ohne weiteres erklärlich, aber es ist dennoch eine unbestreibare Tatsache, dass Ernest Bevin in England als ein bedeutender Aussenminister gilt.

Vor allem aber ist niemand da, der Bevin so ersetzen kann, dass die Stellung des Kabinetts nicht auch in der Aussenpolitik in ein scharfes Kreuzfeuer der Opposition gerät. Davon konnte bisher trotz allem ernstlich nicht die Rede sein. Dennoch kann jeden Tag die Frage der Nachfolge Bevin's ein brennendes Problem werden. Francis Williams, jahrelang einer der engsten Mitarbeiter Attlees, hat Aneurin Bevan, Sir Stafford Cripps und Herbert Morrison als die aussichtsreichsten Kandidaten für den Posten des Aussenministers bezeichnet.

Wenn man, worauf Williams hinweist, anerkennen will, dass ein

Aussenminister auch einen Rückhalt bei den Arbeitern haben müsse, dann ist Aneurin Bevan heute mit Ausnahme Bevins in England nicht zu schlagen. Das Argument, dass er als früherer Bergarbeiter etwa den alten Traditionen des Foreign Office nicht entspräche und keinerlei internationale Erfahrungen habe, verfängt heute selbst in England nicht mehr, nachdem der frühere Farmknecht und Strassenbahnführer Ernest Bevin fünf Jahre an der Spitze dieses exklusivsten der englischen Ministerien gestanden hat. Dennoch ist es unwahrscheinlich, dass Attlees Wahl auf ihn fallen wird, denn der ungeheuer temperamentvolle radikale Waliser ist für Konservative und Liberale ein rotes Tuch. Der selten gebrochene Burgfrieden der Parteien in aussenpolitischen Fragen nähme mit Bevans Berufung ins Aussenamt wohl ein plötzliches Ende.

Die Bedenken gegen die beiden anderen Kandidaten - Herbert Morrison und Sir Stafford Cripps - liegen auf ganz anderem Gebiet. Morrisons Stellung in der Labour Party ist äusserst stark. In dem Duell zwischen dem rechten Flügel, dessen bedeutendster Vertreter er ist, und dem Linken, der in Aneurin Bevan seinen ausgeprägtesten Repräsentanten hat, ist er eindeutig Sieger geblieben. Aber Morrison ist in der inneren Parteiorganisation einfach unentbehrlich, abgesehen davon, dass seine Interessen nicht auf aussenpolitischem Gebiet liegen. Sir Stafford Cripps hingegen hat grosse internationale Erfahrungen. Er ist während des Krieges für schwierigste aussenpolitische Missionen eingesetzt worden und ist unbezweifelbar eine integere Persönlichkeit von hohem Können. Die Art, wie von ihm die Pfundabwertung vollzogen worden ist, hat seinem internationalen Ansehen gewiss geschadet. Sein schlechter Gesundheitszustand aber könnte ein wichtigerer und ernsterer Hinderungsgrund sein gegen seine Ernennung zum Aussenminister.

Ausser diesen drei Kandidaten, von denen jeder jeden Augenblick trotz einzelner Bedenken an die Spitze des Foreign Office gerufen werden könnte, gibt es nur Männer zweiter Wahl. Es ist schwer zu sagen, wer von ihnen die meisten Aussichten hat, da viel davon abhängen wird, wann und unter welchen innen- und aussenpolitischen Umständen Bevin abgelöst wird. Falls der Gesundheitszustand von Sir Stafford Cripps sich dann wesentlich gebessert hat, könnte er der erste Anwärter sein, es sei denn, der Premier wolle die grossen Verdienste Morrisons auch nach aussen hin sichtbar mit dem zweitwichtigsten Amt im Staate belohnen.

- - - -

Der Sinn der Beteiligung

sp. Der sozialdemokratische Beschluss, Delegierte nach Strassburg zu entsenden, wurde mit Mehrheit gefasst, die in Hamburg festgelegte ablehnende Haltung zum Eintritt der Bundesrepublik in den Europarat gleichzeitig einstimmig bestätigt.

Die Beteiligung an der Vertretung berührt also in keiner Weise das Nein zur Strassburger Institution in ihrer heutigen Form. Dieses ist eine materielle, hochpolitische und grundsätzliche Stellungnahme; jene andere Entscheidung, Delegierte nach Strassburg zu entsenden, liegt auf der Ebene einer, wenn auch sehr wichtigen formalen Taktik. Der Beschluss des Bundestages, die Deutsche Bundesrepublik solle in Strassburg vertreten sein, ist ordnungsgemäss zustandegekommen, also wird er von der SPD nicht sabotiert.

Die in der sozialdemokratischen Verlautbarung ausgesprochene Auffassung, dass das deutsche Volk in keiner internationalen Körperschaft nur durch Delegierte der Regierungsmehrheit vertreten sein dürfte, weist ausserdem auf ein Hauptmotiv der sozialdemokratischen Stellungnahme hin - auf den Wunsch, ständigen Einblick in die aussenpolitischen Arbeitsmethoden und Absichten der Bundesregierung zu erhalten, wie das einem immer wieder geäusserten und bisher nur sehr selten befriedigten sozialdemokratischen Verlangen entspricht. Würde die SPD nicht Leute aus ihren eigenen Reihen nach Strassburg entsenden, so hätte sie keine Gewähr dafür, ausreichend unterrichtet zu sein.

Die praktischen Möglichkeiten des Europa-Rates werden von massgebender sozialdemokratischer Seite nach wie vor als recht bescheiden angesehen. Mit der Beteiligung an der personellen Zusammensetzung wird nichts von den Argumenten gegen die Beteiligung der deutschen Bundesrepublik am Europa-Rat aufgegeben und nichts von den Gegenargumenten gegen diesen Beschluss anerkannt. Die Hamburger Resolution bleibt selbstverständlich die unveränderte Grundlage der sozialdemokratischen Politik.

Kurs auf "Europa-AG"

sp. Die Entgegennahme des Hallstein-Berichtes über die Verhandlungen in Paris vor dem ständigen Beratungsausschuss für den Schuman-Plan in Bonn schloss disharmonisch mit einem Gewerkschaftsprotest. Hatten schon dieses Gremium vorwiegend die Vertreter der Alteigentümer an Rhein und Ruhr geziert, während die entflochtenen Werke kaum und die Bundestagsopposition überhaupt nicht vertreten waren, so machte die

Vorschlagsliste des Bundeskanzlers für den Wirtschaftspolitischen Ausschuss vollends den Kurs Adenauers auf eine Europa-AG klar.

Die 27 Mitglieder dieser Liste sind auch hier wieder vorwiegend den Kreisen der Alteigentümer entnommen, unter ihnen Pferdenges, Reusch, Roehlen, Henle, Linkhaus. So stehen in ihr 23 Vertreter der Industrie und Finanz, vier Vertretern des DGB gegenüber, die aber ebenfalls als Vertreter der Wirtschaft (Ruhrbehörde, entflochtene Werke) zu gelten haben. Der DGB erhob gegen diese Zusammensetzung Protest und Dr. Adenauer hat Überprüfung zugesichert. Es bleibt abzuwarten, was aus dieser Zusage wird.

Bezeichnend ist, dass in keinem der Ausschüsse zur Beratung des Schuman-Planes ein Vertreter der Opposition ist. Die "Welt" aber schrieb von einem "starken gewerkschaftlichen Einfluss", der auf sozialpolitischen Konsequenzen des Schuman-Planes Rücksicht nehme. Sowohl die Vorschläge des Bundeskanzlers, als auch die Stellungnahme der "Welt" werden in Kreisen der Opposition und der Gewerkschaften als Provokation gewertet.

- - - -
P e c h
- - - -

sp. "...Umso mehr muss es auffallen, dass aus der wichtigsten politischen Kräftezentrale der Erde, dem Hauptquartier der amerikanischen Regierung in Washington, jetzt auf einmal gänzlich neue Töne zu vernehmen sind - das Inhaltes nämlich, dass die Kriegsgefahr sehr viel geringer geworden ist und dass man nun auf lange, lange Zeit nicht mit einem russischen Angriff auf Westeuropa oder den amerikanischen Kontinent oder in einer anderen Richtung zu rechnen hat".

Zu lesen in einem gross aufgemachten Eigenbericht der "Weltwoche", Zürich aus Washington. Datum: 23. Juni, genau einen Tag vor dem Ausbruch der Feindseligkeiten in Korea. - Irren ist menschlich - oft aber auch vermeidbar. In Redaktionen vor allem dann, wenn man sich nicht allzusehr von dem Willen leiten lässt, unbedingt etwas ganz Neues der Welt mitteilen zu müssen, auch um den Preis, dass es nicht stimmt. Auch die Berufung auf erstklassigste Quellen schwächt dann die peinliche Wirkung gewiss nicht ab.

Hannover exmittiert die FDJ.

sp. Der Stadtrat von Hannover hat mit den Stimmen aller Fraktionen ausser der kommunistischen beschlossen, in Zukunft der FDJ keine städtischen Räume und Einrichtungen mehr zur Benutzung zu überlassen. Es ist zu hoffen, dass diesem Beispiel Hannovers nicht nur alle anderen Städte Westdeutschlands folgen werden, sondern dass auch die staatlichen Stellen zu ähnlichen Einsichten kommen. Insbesondere im Ruhrgebiet, wo die FDJ im Herbst 100.000-Mann-Aufmärsche plant, damit denen, die nach dem Moskauer Takt wieder im Gleichschritt marschieren wollen, klar wird, dass sie westlich des Eisernen Vorhanges nichts zu suchen haben.

DGB zur Regierungsbildung in NRW

Die "Welt der Arbeit", die Wochenzeitung des Deutschen Gewerkschaftsbundes, schreibt zu der Frage der Regierungs-Neubildung in Nordrhein-Westfalen u.a.:

"Dass die CDU gut abgeschnitten hat, bietet die Möglichkeit dafür, dass auch die sozialpolitische Richtung innerhalb dieser grössten Regierungspartei ihren bisherigen Einfluss auf die Bundes- und Länderpolitik bewahrt. Diese Aussicht aber vermindert sich wesentlich dadurch, dass die Freie Demokratische Partei, deren weitaus überwiegender Teil gewerkschaftsfeindlich ist, einen erheblichen Zuwachs erfahren hat.

Obwohl diese Partei in Nordrhein-Westfalen nur 12,1 v.H. der abgegebenen Stimmen und wohl noch nicht 10 v.H. der Stimmberechtigten auf ihre Wahlliste vereinte, erhebt sie jetzt den Anspruch, die sogenannte Kleine Koalition zu bilden, d.h. mit der CDU allein zusammen zu regieren, während bisher die Grosse Koalition, an der auch Sozialdemokraten und Zentrum teilhatten, in Düsseldorf bestimmte. Wenn das Wirklichkeit wird, dann ist ein Abgleiten des Regierungskurses nach rechts gerade in demjenigen Bundesland zu befürchten, das bisher seine grössten Leistungen nach dem Kriege der Mitarbeit geschulter und verantwortungsbereiter Arbeitnehmer zu verdanken hat. Eine solche Entwicklung würde auch dem Kampf um Mitbestimmung und Gemeinwirtschaft eine Schärfe geben, die man lieber vermieden hätte. Tritt also der eben vorgezeichnete Fall ein, so werden die Gewerkschaften mit desto grösserem Nachdruck auf die Stärkung ihrer eigenen Reihen und auf die Entfaltung ihrer Kraft mit den ihnen eigenen Mitteln bedacht sein müssen.

Es scheint nicht überflüssig, gerade im Hinblick auf die Regierungsbildung in Nordrhein-Westfalen auf diese Tendenz hinzuweisen: sie ergibt sich zwangsläufig aus dem Wahlergebnis und aus der Tatsache, dass die Freie Demokratische Partei ihren Wahlkampf in einer betont gewerkschaftsfeindlichen Form geführt hat, deshalb aber als einziger Partner der CDU in einer neuen Regierung dieses Landes eine starke Belastung der Gesamtpolitik darstellen würde.

Was die Ostzone vom Westen erwartet.

Einem Brief aus Magdeburg entnehmen wir u.a.: "Mit welcher Frechheit man heute hier ganz öffentlich gegen alle früheren überzeugten SPD-Mitglieder auftritt, dürfte in der Weltgeschichte einmalig sein. So gemein waren nicht einmal die Nazis. Mit der "Nationalen Front" haben sie jetzt den grössten Rummel aufgezogen, und für diese Sache finden sich in erster Linie die 150-%igen Nazis, die immer im Trüben fischen und die ehemaligen Zwölfender-Offiziere. Denen dürfte aber bekannt sein, dass diese Herrlichkeit nur bis zur Wahl dauern wird. Nach Abschluss der siegreichen Wahl wird die SED andere Seiten aufziehen. Es hat den Anschein, als ob das Volk jetzt gleichgültig und somit der Sache, einfach um Frieden zu haben, zustimmen werde. Damit diese Gleichgültigkeit nicht mehr um sich greift, liegt es bei Euch, hier in die Ostzone eine grosse Propaganda hineinzutragen durch Rundfunk, Flugblätter usw."